

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 103 (2009)
Heft: 12

Artikel: In Ramallah dämmert noch kein Morgen der Freiheit
Autor: Schnieper, Marlène
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390105>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

• Zwei Jahre lang habe ich diese Kolumnen geschrieben, die nun enden. Im Alltag in Tel Aviv versuchte ich Eindrücke zu ordnen, die sich im Wechsel über die nahöstlichen Konfliktlinien oft überstürzen. Jaffa, mein Quartier im Süden der israelischen Metropole, wo arabische und jüdische Menschen immer noch oder wieder in relativer Eintracht zusammenleben, wurde dabei zum ruhenden Pol. Beunruhigend bleibt trotzdem vieles. Dazu zählt die um sich greifende Ernüchterung der mehrheitlich säkularen palästinensischen Bevölkerung, was die Friedensaussichten betrifft.

Am 9. November war es zwanzig Jahre her, dass die Berliner Mauer fiel. Die BBC-Übertragung der Gedenkfeier am Brandenburger Tor habe ich mir mit palästinensischen FreundInnen angesehen. Angela Merkel, Lech Walesa und Michail Gorbatschow paradierten auf dem Flachbildschirm, die Stars der Wende in Europa kamen gigantisch überhöht übers Mittelmeer, Ikonen des Hyperrealismus gleich. Fast schmerzhaft scharf drang auch Hillary Clintons Hymne auf den «Triumph der Freiheit über die Knechtschaft» in die gute Stube in Ramallah.

Meine FreundInnen spitzten die Ohren. In jener Nacht habe die Geschichte «Beton und Stacheldraht durchbrochen» und eine «neue Morgendämmerung» nicht nur für Berlin, sondern für die ganze Welt eingeleitet, schwärmte die US-Aussenministerin, das sei nur dank der «Anstrengungen und Gebete vieler» möglich gewesen. Mit einem Streik hätten die Werftarbeiter von Gdansk einen Feldzug begonnen, der eine Tyrannei gestürzt habe. Die Deutschen beider Seiten, vor allem aber jene im Osten, hätten sich erhoben getreu dem Slogan: «Freiheit ist unser angeborenes Recht, wir nehmen es in die Hand.»

«Für uns gelten diese hehren Grundsätze nicht», bemerkt die Palästinense-

Marlène Schnieper

In Ramallah dämmt noch kein Morgen der Freiheit

rin Reem Abboushi voller Sarkasmus. «Wenn *wir* das angeborene Recht in die Hand nehmen, so schimpft man uns «Terroristen»». Abboushi ist Mitte vierzig, sie hat zwei Söhne gross gezogen und leitet heute Asala, eine Nichtregierungsorganisation, die Frauen im Westjordanland und im Gazastreifen Mikrokredite vermittelt. Ihr Gatte Taiseer Abu Tair ist Werbefachmann, er profitiert von Aufträgen für mobile Telefone, einer Branche, die auch in der Westbank floriert.

Als im Dezember 1987 die erste Intifada ausbrach, studierten die beiden noch. Sie beteiligten sich an Streiks und anderen Aktionen des zivilen Ungehorsams, mit denen sich die palästinensische Bevölkerung gegen die damals 20-jährige Besatzung stemmte. Dafür landete die angehende Ökonomin für 24 Stunden in einem israelischen Untersuchungsgefängnis. Ihr Mann Taiseer Abu Tair wurde zweimal in Verwaltungshaft genommen, zweimal hielten ihn die Israeli über mehrere Monate fest, ohne Verfahren und ohne Nachweis einer Straftat. Nochmals zwanzig Jahre und eine zweite Intifada später pflegt das Paar einen Lebensstil, der für das Bürgertum des libertären Ramallah recht typisch ist. Der Fatah von Yasser Arafat, die in Vetternwirtschaft versank,

standen diese Leute naserrümpfend gegenüber. Dem heutigen Parteivorsitzenden Mahmoud Abbas attestieren sie immerhin, dass er als Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO und der Autonomiebehörde konsequent auf Friedenskurs war.

Abboushi entstammt einer Familie, die in Jenin in der nördlichen Westbank Einfluss und Ansehen hatte. Diese mittlere palästinensische Führungsschicht und ihren ebenso gebildeten wie aufmüpfigen Nachwuchs hat Israel in den 41 Jahren der Besatzung gedemütigt, geschwächt und stets mehr eingeschnürt. Am Ende war jede palästinensische Stadt von jüdischen Siedlungen, Wällen und Wachposten umlagert. Jetzt da Israels Regierung auf internationalen Druck hin einige Checkpoints abbaute, heisst es: «Seht, in Jenin entsteht ein Messeareal, in Nablus ging ein Kino auf.» «Ein Kino», spottet Abboushi. «Dafür müssten wir Barbaren wohl dankbar sein. Dabei hatten wir vielleicht acht Kinos und das Doppelte an Messen bereits unter dem britischen Mandat.»

Abu Tairs Familie besass wertvolles Land in Ostjerusalem, das Israel nach dem Sechstagekrieg von 1967 völkerrechtswidrig annektiert hat. 90 Prozent dieses Besitzes seien unterdessen für die jüdische Siedlung Har Homa beschlagnahmt worden, erzählt Abu Tair. «Juristisch konnten wir gegen den Landraub nichts ausrichten, weil der Rechtsstaat, dessen sich Israel rühmt, im besetzten Gebiet ausser Kraft ist.»

Mit seinen bitteren Erfahrungen ist dieser Mann in guter Gesellschaft. Laut der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem nahm Israel in vier Jahren der ersten Intifada rund 14 000 PalästinenserInnen in Verwaltungshaft. Die Besatzungsmacht wandte dieses Kontrollmittel damals an, um die säkulare Elite in den besetzten Gebieten in Schach zu halten, während sich die islamistische Hamas zunächst frei bewegen konnte. Auf den blossen Verdacht hin,

ein Sicherheitsrisiko zu sein, kamen in jener Zeit fast alle lokalen Grössen der PLO und der Fatah in israelischen Gewahrsam, darunter auch solche, die früh schon für Friedensverhandlungen eintraten.

Nach der Geburt seines ersten Kindes sass Abu Tair immer noch in einem israelischen Gefängnis. Bang fragte sich die Frau, ob ihr Gatte Haft und Folter überstehen würde. Dennoch lehrte das Paar seine Söhne später, die Nachbarn «Israeli» zu nennen, nicht «Zionisten» oder «Juden» mit verächtlichem Beiklang. Zwei Staaten für zwei Völker – diese Formel hält Abboushi noch immer für die einzig taugliche, auch wenn sie bekümmert feststellt, dass der Gang der Dinge eine solche Konfliktlösung in Nahost zusehends illusorischer erscheinen lässt.

Die jüngste Geschichte sieht die Palästinenserin als Kette verpasster Gelegenheiten. Als Beispiel führt sie den 15. November 1988 an. An diesem Tag verabschiedete der Nationalrat der PLO in Algier die Palästinensische Unabhängigkeitserklärung. Für das höchste Organ des palästinensischen Volkes wurde damit «das Udenkbare denkbar», wie es der Historiker Walid Khalidi vorgeschlagen hatte. 1948, im Gründungsjahr Israels, war mehr als die Hälfte der arabischen Bevölkerung Palästinas von ihrem Grund und Boden vertrieben worden. Vier Jahrzehnte danach öffnete sich der Weg zu einer Zweistaatenlösung, wie sie Abbas seither vertritt. Dem jüdischen Staat sicherte der historische Kompromiss den Löwenanteil am Land zwischen Jordan und Mittelmeer zu.

«Das war 1988, ein Jahr vor dem Fall der Berliner Mauer», erinnert Abboushi. Auf die Morgendämmerung der Freiheit wartet ihr Volk bis dato vergeblich. Irgendwo auf dem Weg übers Meer muss sich das angeborene Recht darauf verloren haben. ●

Mit diesem Beitrag beendet Marlène Schnieper ihre Mitarbeit als regelmässige Kolumnistin der Neuen Wege. Wir danken ihr herzlich für die Zusammenarbeit. In nächster Zeit befasst sich die freischaffende Nahostkorrespondentin vor allem mit einem Buchprojekt zum Recht auf Rückkehr. Zu diesem Thema wird sie am 12. Dezember zusammen mit dem Palästinenser Sami Daher auch einen Abend im Kulturm (www.kulturm.ch) in Solothurn bestreiten. (schnieper@netvision.net.il)

Philipp Löpfe

Reykjavik an der Limmat

Die Finanzmärkte scheinen sich wieder beruhigt zu haben. Das ist alles andere als selbstverständlich. Im September 2008 hatte gar eine Kernschmelze der Finanzmärkte gedroht. Was hätte das zur Folge gehabt? So genau weiss das niemand. Aber die möglichen Szenarien sind wenig erfreulich: Währungen sind plötzlich nicht mehr konvertierbar, Bankautomaten spucken kein Geld mehr aus, eine Hyperinflation zerstört den Franken. Es kommt zu soziale Unruhen, zu Streiks, Strassenschlachten und Plünderungen – kurz: Niemand von uns will das erlebt haben.

Aber wie gesagt, vorläufig ist die Gefahr ja gebannt, der GAU ist verschoben worden. Die Notenbanken haben ihre Leitzinsen gegen den Nullpunkt gesenkt und das System mit billigem Geld geflutet. Die Politik hat mit fiskalischen Mitteln Unterstützung geleistet: Abwrackprämien, Konjunkturpakete, Verlängerung der Kurzarbeit, etc.

Einmal mehr hat sich die Schweiz in Sachen Wirtschaftsankurbelung vornehm zurück gehalten. Diesmal ging die Zurückhaltung so weit, dass die Staatskassen dieses Jahr möglicherweise sogar einen kleinen Überschuss aufweisen wird. (Okay, nur weil die UBS ihr Darlehen zurück bezahlt hat, aber trotzdem.) Gleichzeitig wurde die Schweiz ist vom WEF zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsstandort der Welt erkoren worden.

Das ist schön, aber es ist auch gefährlich. Es wiegt uns in eine falsche Sicherheit. Wer glaubt schon, dass wir bald wieder Zustände wie in den Boomzeiten haben, könnte böse auf die Welt kommen. Die Ökonomen stellen uns einen «jobless growth» in Aussicht, eine stagnierende Wirtschaft und wachsender Arbeitslosigkeit. Leider irren sie sich diesmal wahrscheinlich nicht.

Vom Stabschef des Weissen Hauses, Rahm Emanuel, stammt das inzwischen berühmte Zitat, es wäre eine Schande, die Krise ungenutzt vorübergehen zu lassen. Genau diese Schande droht uns, wir sind im Begriff, alles beim Alten zu lassen. So schlimm war es ja nicht, es wird schon wieder werden, hört man rundum. Das könnte sich als fataler Irrtum erweisen. Die Krise

hat gezeigt, dass die Schweizer Banken alles andere als grundsolid sind. Die UBS war, ohne dass wir es auch nur geahnt hätten, zu einem Hedge Funds verkommen. Ihre Leverage Ratio oder Verschuldungsquote, das Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme, betrug zu den schlimmsten Zeiten 52:1. Zum Vergleich: Der legendäre Hedge Fund Long Term Capital Management, der 1998 beinahe das Finanzsystem aus den Angeln hob, hatte eine Leverage Ratio von 30:1.

Die Krise hat uns auch vor Augen geführt, was für ein gigantisches Klumpenrisiko die Banken geworden sind. Island muss inzwischen beim Internationalen Währungsfond um Kredite betteln, weil seine Finanzindustrie zusammen gebrochen ist. Das kann uns niemals passieren, sagen wir hochmütig. Lächerlich, eine Insel im hohen Norden mit uns vergleichen zu wollen. Mag sein. Doch wer vor zwei Jahren gesagt hätte, die UBS würde einen Verlust von zehn Milliarden Franken einfahren, wäre ebenfalls ausgelacht worden. Inzwischen sind daraus 50 Milliarden Franken geworden. Und die Schweiz ist von isländischen Zuständen gar nicht so weit entfernt. Wir haben die Insel als das Land mit der grössten Finanzindustrie pro Kopf abgelöst. Zürich als eine Art Reykjavik an der Limmat? Die Vorstellung ist realistischer, als uns lieb sein kann.

Deshalb gilt es das Zeitfenster zu nutzen, das sich wegen der Krise geöffnet hat. Die Grossbanken sind angeschlagen und verwundbar. Dabei geht es nicht darum, die Banken zu zerschlagen oder zu verstaatlichen. Es geht darum, sie zu zwingen, sich so zu organisieren, dass ein zweiter Fall UBS nicht mehr passieren kann. Die Grossbanken werden sich dagegen mit Zähnen und Klauen wehren, das ist ihr gutes Recht. Dieser Widerstand kann nur mit klugem politischen Verhalten überwunden werden. Für die Linken bedeutet dies: Sie müssen mit der SVP zusammenspannen. Mit dem Trio Hayek, Blocher und Levrat sind die geeigneten Aushängeschilder bereits gefunden. ●

Dies ist die letzte Credit-Kolumne von Philipp Löpfe. Wir danken ihm herzlich für seine Kommentare durch ein turbulenten Finanzjahr (philipp.loepfe@tages-anzeiger.ch).